



Protestierende Bürgerrechtler in Washington

JIM LO SCALZO / DPA

USA

„Rücktritte bei der CIA“

Henry Farrell, 43, Politikprofessor an der George Washington University, über die Bespitzelung von Senatoren durch die CIA – da diese einen Bericht erstellen ließen, der die Folterpraxis der Geheimdienste detailliert enthüllt

SPIEGEL: Dianne Feinstein, die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses, hat sich nun öffentlich über die Bespitzelung empört. Was bedeutet das für die CIA und die Regierung?

Farrell: Uns steht jetzt ein politischer Kampf zwischen der Regierung und den Kontrollgremien der Geheimdienste bevor. Diese Kontroverse wird das Verhältnis der CIA zu denen, die sie beaufsichtigen, empfindlich verschlechtern. Schlimmstenfalls werden Feinstein und andere Mitglieder der CIA das Leben schwermachen, etwa mit weiteren Untersuchungen.

SPIEGEL: Ist diese Situation vergleichbar mit den Sechzigern und Siebzigern,

als auch schon die eigenen Bürger ausespioniert wurden?

Farrell: Ich glaube nicht, dass die Situation vergleichbar ist. Im aktuellen Streit geht es um Folterprogramme, die der Öffentlichkeit im Grundsatz bekannt waren; es geht um Details, die die CIA in große Verlegenheit bringen können.

SPIEGEL: Welche Folgen erwarten Sie?

Farrell: Präsident Obama hat zu verstehen gegeben, dass er keine strafrechtlichen Konsequenzen anstrebt. Aber ich könnte mir gut vorstellen, dass es neue Kontrollvorschriften geben wird und einige Rücktritte bei der CIA.

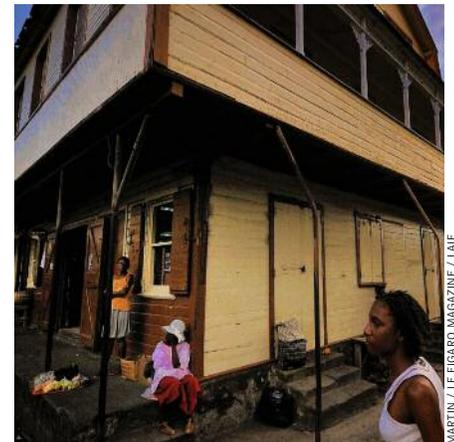
SPIEGEL: Warum ist Feinstein so empört? Weil sie nun selbst Ziel von Bespitzelungen der CIA ist? So wie Bundeskanzlerin Angela Merkel erst dann richtig empört war, als sie erfuhr, dass die NSA auch ihr Handy abgehört hatte?

Farrell: Es scheint mir, dass Senatorin Feinstein weniger die mögliche Bespitzelung stört als die Tatsache, dass die CIA Mitarbeiter des Geheimdienstausschusses strafrechtlich belangen lassen will. Deshalb wird der Streit nun öffentlich ausgetragen.

KARIBIK

Späte Rechenschaft

Die Regierungschefs 15 karibischer Nationen haben sich vergangene Woche darauf geeinigt, ehemalige Kolonialmächte wie Großbritannien und Frankreich zur Rechenschaft zu ziehen – wegen „anhaltender Schäden durch die Sklaverei“. Ihr Ziel seien zunächst Verhandlungen über Reparationen, sagt der Anwalt Martyn Day von der Kanzlei Leigh Day in London, die die Caricom, die Gemeinschaft Karibischer Staaten, vertritt. Die einstigen Kolonien fordern zudem eine Entschuldigung für den Sklavenhandel sowie ein Rückführungsprogramm nach Afrika für Anhänger der Rastafari-Bewegung. Sollten die Europäer nicht verhandeln wollen, droht die Caricom mit einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof. „Wir fordern keinen Schadensersatz für die Misshandlung von Sklaven vor 200 Jahren“, so Day, „wir sagen, dass heutige Probleme der Karibik auf jene Zeit zurückzuführen sind.“ So hätten die Kolonialmächte kein Bildungssystem aufgebaut, daher liege die Karibik bis heute weit zurück. Europa habe eine „moralische, politische und juristische Pflicht“, sie bei der Bewältigung ihrer Geschichte zu unterstützen.



Haus auf St. Lucia

MARTIN / LE FIGARO MAGAZINE / LAIF

ATOMWAFFEN

Neue Bomben in Europa

Die US-Regierung treibt die Stationierung neuer Atombomben des Typs B61-12 in Europa voran. Im Haushaltsentwurf für 2015 wurden dafür Mittel beantragt. Demnach soll im Frühjahr 2015 damit begonnen werden, die umstrittenen Waffen in die Trägerflugzeuge der europäischen Nato-Partner zu

integrieren. Deutschland und Italien nutzen dafür den Jagdbomber „Tornado“, andere Länder Kampfjets vom Typ F-16. Die Software der Flugzeuge muss jetzt zunächst angepasst werden. Die ersten Bomben sollen ab 2020 verfügbar sein und kosten nach derzeitiger Schätzung insgesamt etwa zehn Milliarden Dollar. Für eine bessere Sicherung der Nuklearwaffenlager sind 154 Millionen Dollar vorgesehen; Deutschland trägt knapp ein Fünftel der Kosten. Zu den Standorten in Europa, die modernisiert werden sollen, zählt Büchel, die einzige aktive Nuklearwaffenbasis in Deutschland.